Nr. 40
A 21
Morgen-Ausgabe
Berlin
Freitag, 24. Januar 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen und Abendblatt zweiseitig wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise: mm Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Moldenhauers Reichstagsdebut

Kreugers Zündholz-Anleihe

So stürmisch der Reichstag das vergangene Jahr beschlossen hatte, so sanft und behutsam nahm gestern das Plenum die Arbeiten im neuen Jahr wieder auf. Das Thema ist noch ein alter Restbestand aus dem Vorjahre: erste Beratung über das Zündholzmonopol. im Zusammenhang mit der Kreuger-Anleihe. Dazu Reichskanzler und Reichsfinanzminister.

Moldenhauer hat sich im Haag einen Namen gemacht, bevor er noch Gelegenheit hatte, sich in Berlin als Leiter der Reichsfinanzen zu bewähren. Deshalb sieht man seiner ersten Finanzministerrede mit Spannung entgegen. Aber es ist noch nicht so weit. Die Habitués des Parlaments erkennen schon an dem äußeren Bild des Sitzungssaales, daß keine größere Ministerrede „steigt". Denn die Räte des Ministeriums, die bei solchen Gelegenheiten die Ministerestrade füllen, fehlen. Nur Dr. Moldenhauer und sein neuer Staatssekretär Schäffer sitzen einsam auf der breiten Ministerbank.

Der Schein trügt nicht. Moldenhauer erklärt gleich zu Anfang der Sitzung, daß er eben erst aus dem Haag zurückgekehrt sei und noch keine Zeit gehabt habe, sich stichreichend mit der Vorlage zu beschäftigen. Also Ueberweisung in den Ausschuß, wo der Minister Rede und Antwort steht und zugleich über die allgemeine Finanzlage des Reiches Auskunft geben will.

Die Regierungsparteien sind damit einverstanden und verzichten auf das Wort. Nur Dr. Hertz, der beinahe an Moldenhauers Platz gestanden hätte, teilt mit, daß die Sozialdemokraten die Zündholzvorlage nur in der ursprünglichen Hilfsdingschen Fassung annehmen würden, ohne die Aenderungen, die der Reichsrat fordert. Der volksparteiliche Reichsfinanzminister nicht zustimmend. Große Koalition.

Große Koalition auch in den anderen und wichtigeren Fragen der Finanzpolitik? Ueberhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Aber schon in der Frage Schachts sieht es anders aus. Alle Koalitionsparteien sind sich darüber einig, daß der Nebenregierung des Reichsbankpräsidenten ein Ende gemacht werden muß.

Die Briefaffäre und das darauf folgende Pronunziamiento Schachts im Haag stellt sich als noch ärger heraus, als man bisher annahm. Man hat der Regierung hie und da Vorwürfe gemacht, daß sie den Brief Schachts, in dem er die Nichtbeteiligung der Reichsbank an der internationalen Zahlungsbank ankündigte, gewissermaßen ignoriert hätte, und daß nur dadurch die Ueberraschung im Haag entstanden sei. Tatsächlich setzte sich die Regierung sofort, nachdem sie das Schreiben bekommen hatte, mit Schacht in Verbindung und fragte ihn, ob er trotz des Briefes bereit sei, an der Bank für Internationale Zahlungen mitzuarbeiten. Und Schacht sagte ohne weiteres zu. Daß er im Haag wiederum Nein sagen würde, konnte niemand erwarten.

Was soll geschehen, um eine Wiederholung derartiger Vorgänge unmöglich zu machen? Man denkt jetzt daran, gesetzlich eine Neuwahl des Reichsbankpräsidenten bei Inkrafttreten des neuen Bankstatuts festzulegen. Aber auch darüber ist in den Koalitionsparteien noch keine Einigung erzielt. Nicht etwa aus Rücksicht auf Schacht, sondern — es ist kein Scherz — aus Rücksicht auf Hugenberg. Die Deutsche Volkspartei und einige ihr nahestehende Zirkel fürchten, ein energisches Vorgehen der Regierung gegenüber dem Reichsbankpräsidenten könnte für Hugenberg das Signal zu einem Generalangriff auf die deutsche Währung abgeben. Die Hugenbergpresse würde, wenn man im Reichsbankstatut die notwendigen Aenderungen vornehme, die Mark für gefährdet erklären und eine Inflationspanik hervorrufen. Aus Angst vor Hugenberg soll alles beim alten bleiben. Damit die Deutschnationalen nicht die Wirtschaft beunruhigen, nimmt man lieber in Kauf, daß die Wirtschaft auch künftig durch den Zickzackkurs des Reichsbankpräsidenten beunruhigt wird?

Seltsames Doppelspiel: als Schacht gleich nach der Spaltung der Deutschnationalen sein Memorandum gegen die Reichsregierung losließ, sagte man, Schacht habe Hugenberg gerettet. Wenn das Wirklichkeit wird, was man jetzt in den Wandelgängen des Reichstags erörtert, wird man sagen müssen: Hugenberg hat Schacht gerettet. (Reichstags-Bericht siehe Hauptblatt 2. Seite.)

Tardieus großer Tag

Frankreichs Londoner Erfolge

London, 23. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Die erste Plenarsitzung der Flotten-Konferenz begann unter dem Vorsitz von MacDonald im „Königinnen-Saal" des St.-James-Palastes hinter verschlossenen Türen. Der bewährte englische Generalsekretär so zahlreicher Konferenzen, Sir Maurice Hankey, wurde einstimmig zum Generalsekretär der Konferenz und Leiter ihres Büros gewählt. Dann bestellte die Konferenz sämtliche Delegationschefs der Länder zu Vizepräsidenten, die mit MacDonald im Vorsitz der Plenarsitzungen alternieren sollen. Die Konferenzarbeiten sollen in

1. Plenarsitzungen der Gesamtdelegationen,
2. dem Generalkomitee der Konferenz, in dem jede Delegation durch eine beschränkte Anzahl Mitglieder vertreten ist, und
3. in kleineren Ausschüssen, in denen jeweils nur diejenigen Delegationen vertreten sein werden, die an einer besonderen Frage Interesse haben — Pazifik, Mittelmeer, Seerecht —, erledigt werden.

Neben diesen formalen Konferenzinstanzen sollen die Arbeiten der Konferenz fortlaufend von dem Rat der fünf Delegationschefs überwacht werden, die von Zeit zu Zeit bei MacDonald zusammentreten werden, um sich über den Stand der Arbeiten auszusprechen.

Nach Erledigung dieser Präliminarien eröffnete MacDonald eine „allgemeine Aussprache" über die „geographischen und politischen Verteidigungsbedürfnisse der einzelnen Länder".

Der erste Redner war der amerikanische Staatssekretär Stimson, der bereits in seinen ersten Worten dem französischen Standpunkt des engen Konnexes zwischen Sicherungsproblem und Abrüstung Rechnung trug, indem er erklärte, daß „die Bedürfnisse der einzelnen Nationen auf dem Gebiete der Landesverteidigung relativ seien und bedingt würden durch die allgemeinen politischen Verhältnisse in der Welt." Wenn es auf der Konferenz gelänge, Mittel und Wege zu finden, die Flotten der Welt zu verringern, so sei Amerika bereit, auch seinerseits in demselben Ausmaß seine Flotte zu verkleinern. Stimson erklärte dann, daß Amerika bereit sei, im loyalsten Sinne des Wortes England die Parität in allen Schiffsarten und in der Gesamtstärke der Flotte zu gewähren.

Nach kurzen Reden der Vertreter von Australien und Kanada erhielt Tardieu das Wort, der, wie gerade von englischer Seite hervorgehoben wurde, offenbar die beste Rede des Tages gehalten hat. Tardieu, auf jede Aggressivität in sachlicher Beziehung und in rhetorischer Aufmachung verzichtend, führte u. a. aus: Frankreichs Auffassung, daß Mutterland und Kolonien eine untrennbare Einheit bildeten, seine Lage an drei Meeren sowie die Notwendigkeit, aus überseeischen Gebieten größere Truppentransporte heranziehen zu können, hätten besonders schwierige und große Verteidigungsaufgaben für die französische Regierung zur Folge. Frankreich müsse also aus geographischen, ökonomischen und militärischen Gründen einen wirksamen Verteidigungsapparat auf dem Meere unterhalten.

Diese objektiven Verteidigungsbedürfnisse Frankreichs, die sich aus der eigenen Konstitution des französischen Gesamtreiches ergeben und in sich keinen aggressiven Charakter tragen, seien relativ und nicht absolut. Sie könnten erleichtert werden durch politische und völkerrechtliche Garantien, die militärische Schutzmaßnahmen wirksam zu ersetzen in der Lage seien. Unter diesen Gesichtspunkten verzichte die französische Delegation darauf, im gegenwärtigen Zeitpunkt bestimmte Rüstungsanforderungen ziffernmäßig festzulegen, und ziehe es vor, in eine Prüfung derjenigen rechtlichen Garantien einzutreten, die es ermöglichen würden, die objektiven Verteidigungsbedürfnisse Frankreichs relativ zu dem Umfang der gewährten Garantien zu vermindern.

Offenbar in der Regie sorgfältig vorbereitet, folgte die Rede des Konferenzvorsitzenden MacDonald. Nachdem der „europaabgewandte" Stimson bereits prinzipiell Tardieus Standpunkt konzediert hatte, betonte MacDonald, daß sich alle Konferenzteilnehmer der großen Schwierigkeiten bewußt seien die nationalen Verteidigungsbedürfnisse eines Landes in eine feste Relation zu den Verteidigungsbedürfnissen anderer Länder zu bringen. Das nationale Verteidigungsbedürfnis jedes Landes stehe in einer engen Beziehung zu dem Risiko der nationalen Existenz. Verteidigungsbedürfnis und Sicherheit jedes Landes hätten, wie Tardieu dies ausgeführt habe, in engster Verbindung und, so er-

Böß zum Rücktritt bereit

Die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Böß haben zu einem gewissen Ergebnis geführt. Böß hat sich bereit erklärt, sein Amt sofort niederzulegen, wenn er die ihm gesetzlich zustehende Pension erhält. Auch der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt.

Da Böß ein jährliches Gehalt von 36 000 Mark bezieht, würde er bei seiner Pensionierung etwa 28 000 Mark als Pension behalten. Gegen die Höhe werden neuerdings von der Wirtschaftspartei Einwendungen gemacht, die eine Kürzung der Pension fordert. Die endgültige Regelung ist daher neuen Verhandlungen in den nächsten Tagen vorbehalten.

Konsolidierung

Den außenpolitischen Verhandlungen folgen die innerpolitischen Entscheidungen. Der Reichstag ist am Donnerstag zur Beratung des Zündholzgesetzes zusammengetreten, durch das dem Reich die 500-Millionen-Anleihe zugeführt wird. Zugleich wird der Oeffentlichkeit das Weißbuch über die Haager Verhandlungen zugänglich gemacht und damit die Grundlage für die Gesetzentwürfe, die zunächst dem Reichsrat zugehen werden. Die Einzelheiten werden im Finanz- und Handelsblatt behandelt. Das Reichskabinett hat das Haager Ergebnis einmütig gebilligt, ebenso wie schon vorher der Reichspräsident, dem die Nationalisten zumuten wollen, den „neuen Plan" und damit die Grundlage weiterer Konsolidierung von Politik und Wirtschaft durch sein Veto zu beseitigen. Stattdessen hat er der Delegation seinen Dank und seine Anerkennung für ihre Arbeit und ihre Haltung ausgesprochen und damit eine deutliche Absage an die alldeutsche Clique gerichtet, die wieder einmal landauf landab von einer schmählichen Unterwerfung redet und den Franzosen wahrheits- und sinnwidrig das Recht immer neuer Besetzungen zubilligt.

An dem Liquidationsabkommen mit Polen, das von rechtsstehenden Kreisen mit besonderer Heftigkeit und Unsachlichkeit angegriffen wird, hält Reichsaußenminister Curtius fest. Darüber hinaus müssen die Versuche fortgesetzt werden, zu einem erträglichen Gesamtverhältnis mit dem östlichen Nachbarstaat zu gelangen, das insbesondere das Maß von wirtschaftlicher Zusammenarbeit sichert, das im Interesse beider Teile notwendig ist. Dabei müssen hüben wie drüben Opfer gebracht werden. Sie werden sich lohnen durch den Strom neuer Energien, der, so darf man hoffen, die schwer darniederliegenden Grenzgebiete beleben wird.

Die Notwendigkeit, sachliche Arbeit auf lange Frist zu leisten, muß dazu führen, die Streitpunkte innerhalb der Großen Koalition zurückzudrängen und die gemeinsame Arbeit auch auf den Gebieten zu sichern, in denen Interessengesetze bestehen. Die Erörterung über „mögliche" oder „notwendige" Regierungskrisen, die in der parlamentslosen Zeit hier und dort aufgetaucht sind, braucht man nicht zu überschätzen. Im Preußischen Landtag sind gerade jetzt die Verhandlungen, die auch in dem größten Land die Große Koalition herbeiführen sollen, mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen worden. Die Demokratische Partei, die auf das Handelsministerium zugunsten der Deutschen Volkspartei verzichten soll, wird dieses Opfer im Interesse einer dauerhaften Zusammenarbeit der aufbauenden Kräfte bringen, ebenso wie man sich damit abfinden muß, daß die Frage des Rücktrittes des Kultusministers Becker wieder akut wird, der gewiß vielfaches Bedauern erwecken wird.